

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Silva Lieberherr und Bhakti G., Mumbai

08.12.2020

Muslime unter Generalverdacht

*«Love Dschihad» in Indien: Hindu-Nationalisten kriminalisieren mit neuem Gesetz
interreligiöse Ehen*

Am Sonnabend sind in Moradabad im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh zwei Männer muslimischen Glaubens festgenommen worden. Hintergrund ist das seit dem 28. November gültige Gesetz über ein »Verbot der unrechtmäßigen Religionskonversion«, das de facto interreligiöse Ehen in Uttar Pradesh kriminalisiert. Wie die Tageszeitung The Hindu berichtete, wollte einer der Männer in Begleitung seines Bruders die Ehe mit seiner Frau hinduistischen Glaubens im Einwohnermeldeamt registrieren lassen. Aufgrund einer Anzeige ihrer Familie wurden sie jedoch von der rechtsreligiösen Organisation Bajrang Dal daran gehindert und anschließend der Polizei übergeben.

Wie The Hindu am Sonnabend berichtete, ist der Fall in Moradabad bereits der fünfte seit dem Erlass der Verordnung. Diese stützt sich auf die islamfeindliche Verschwörungserzählung, die seit 2007 unter dem Namen »Love Dschihad« firmiert. Danach würden muslimische Männer gezielt versuchen, Frauen hinduistischen Glaubens mittels Beziehungen zur Konversion zum Islam zu bringen, um die religiöse Demographie des Landes zu verändern.

Rechte Gruppen, darunter die sowohl im Bund als auch in Uttar Pradesh regierende hindu-nationalistische Bharatiya Janata Partei (BJP), instrumentalisieren diesen Begriff immer wieder für ihre Zwecke. Dabei gab es auch Vorfälle mit Toten, wie etwa 2013 in Muzaffarnagar, ebenfalls im einwohnerstärksten Bundesstaat Uttar Pradesh. Bei Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen wurden dabei mindestens 62 Menschen

getötet und mehr als 50.000 vertrieben, so das indische Onlineportal The Wire am 20. November.

Das Eherecht ist in Indien nicht einheitlich geregelt, es gelten verschiedene religiöse sowie eine säkulare Rechtsordnung. Das neue Gesetz richtet sich an diejenigen Paare, die sich für eine Eheschließung unter religiösem Recht entscheiden, bei der ein Partner konvertieren muss. Bisher haben sich interreligiöse Paare oft für diesen Weg entschieden, denn bei der säkularen Eheschließung müssen sie sich einen Monat vorher registrieren lassen und können nur dann heiraten, wenn es keine Anzeigen gegen sie gibt. In vielen Fällen zeigen ihre Familienmitglieder diese jedoch wegen angeblicher Entführung oder Vergewaltigung an, weil sie interreligiöse Ehen zu verhindern versuchen.

Die neue Verordnung verpflichtet gemischtreligiöse Paare, von denen ein Partner konvertieren will, nun, zwei Monate vor der Heirat bei einem Beamten um »Erlaubnis« zu fragen. Dabei muss die Person dem Staatsdiener beweisen, dass die Konversion freiwillig geschieht. Gelingt es der Person nicht, den Beamten von der Freiwilligkeit zu überzeugen, wird die Ehe nicht bewilligt und die versuchte Konversion als Straftat gewertet. Darauf stehen bis zu zehn Jahre Gefängnis. Vor allem bei Frauen werden Willen und Urteilsfähigkeit schlicht ignoriert. Sie werden als Besitz ihrer Familien und ihrer Religionsgruppen betrachtet. Auch die betroffene Frau in Moradabad hatte erklärt, sie sei mit 22 Jahren alt genug, könne ihre Entscheidungen selber treffen und habe sich aus freien Stücken für die Ehe entschlossen, so The Hindu.

Dennoch wollen andere indische Bundesstaaten, die von der BJP regiert werden, ähnliche Verordnungen einführen. Unter Führung der rechten Regierung von Premierminister Narendra Modi versucht die Partei erneut, mit einer ausgrenzenden, antimuslimischen Gesetzgebung von ihrem Versagen bei der Eindämmung der Coronapandemie und der ansteigenden Arbeitslosigkeit abzulenken.